

Archiv  
Verband der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
18. Juli 1962

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

/AVII/146

Bonn, den 18. Juli 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite: Zeilen:

- 2a "Die Europäische Gemeinschaft ist unsere gemeinsame Heimat" 128

-----  
Interview mit MdB Dr. Heinrich Deist  
Die Bedeutung der Sozialistentagung in Brüssel

3 "Fall Fränkel" noch nicht erledigt? 37

-----  
Bundesjustizminister lässt prüfen  
Auswärtiges Amt durch Botschaftsberichte alarmiert

- 5 Lehren des Dambruchs 51

-----  
Weitgehende Plannungen · Milliardenprojekte

Der Auslandsbericht:  
-----

- 6 Moskau, Kopenhagen und die EWG 48

-----  
Der dänische Außenminister soll in die Sowjetunion kommen  
Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

\* \* \*  
\* \*

-----  
Chefredakteur Günter Markscheffel

"Die Europäische Gemeinschaft ist unsere gemeinsame Heimat"

Interview mit MdB Dr. Heinrich Deist

Die Bedeutung der Sozialistentagung in Brüssel

Der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte, MdB Dr. Heinrich Deist, hat dem SPD-Pressedienst in einem Interview seine Eindrücke von der Tagung der sozialistischen Parteien der EWG- und EFTA-Staaten dargestellt, die am vergangenen Wochenende in Brüssel stattfand.

\* \* \*

SPD-Pressedienst: Herr Dr. Deist, wie beurteilen Sie den Informationsaustausch und die Diskussionen der sozialistischen Parteien der EWG- und EFTA-Staaten, die am vergangenen Wochenende in Brüssel zusammengekommen waren?

Dr. Deist: In Brüssel handelte es sich um eine Arbeitstagung, die sehr fruchtbar verlaufen ist. An ihr nahmen zahlreiche Sozialdemokraten teil, die in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und in den Regierungen der beteiligten Länder eine verantwortliche Stellung einnehmen. Die Probleme und Schwierigkeiten wurden offen und freimütig erörtert. Die vorbehaltlose Aussprache hat zur Klärung zahlreicher Mißverständnisse und einer weitgehenden Übereinstimmung in den entscheidenden Fragen der europäischen Zusammenarbeit geführt. Damit war diese Konferenz ein Schritt nach vorn auf dem Wege zu einer großen, fortschrittlichen europäischen Gemeinschaft, die insbesondere auch Großbritannien und die neutralen Staaten umschließen muß.

Nur große Wirtschaftsräume

SPD-Pressedienst: Herr Dr. Deist, können Sie - besonders in den wirtschaftlichen Fragen - eine grundsätzliche Übereinstimmung der in Brüssel zusammengekommenen Vertreter der sozialistischen Parteien feststellen, und in welchen Punkten - falls Sie diese Übereinstimmung feststellen können - sehen Sie die Gemeinsamkeit, die dort zum Ausdruck gekommen ist?

Dr. Deist: Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels heute handlungsfähige große Wirtschaftsräume voraussetzt. Es besteht auch Übereinstimmung darüber, daß der europäische Wirtschaftsraum sich nicht auf die sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschränken kann und darf, sondern daß Großbritannien und die übrigen freien Staaten Europas dazugehören. Ohne diese Erweiterung wäre Europa nicht in der Lage, alle Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Wirtschaft voll auszuschöpfen, und damit den bestmöglichen Beitrag einer weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu leisten.

Die Rolle der Gewerkschaften

SPD-Pressedienst: Es hat sich in Brüssel gezeigt, daß auch zahlreiche Probleme erörtert werden mußten, die bei den offiziellen und auf diplomatischer Ebene geführten Verhandlungen gelegentlich nicht so stark zum Durchbruch kommen. Ich meine damit die Zusammenarbeit zwischen den offiziellen Stellen der EWG und auch der EFTA mit den Gewerkschaften der betreffenden Länder, aber auch mit den Gewerkschaften derjenigen Länder, die jetzt die Anträge um Aufnahme bzw. um Assoziierung an die EWG gestellt haben. Herr Dr. Deist, haben Sie auf Grund ihres Einblicks die Möglichkeit, uns zu sagen, inwieweit gerade die Gewerkschaften aktiv in die entscheidenden Entwicklungsdiskussionen eingeschaltet worden sind?

Dr. Deist: Die kontinentaleuropäischen Gewerkschaften sind ohne Ausnahme aktive Vorkämpfer einer gesamteuropäischen Lösung. In Großbritannien sind, wie Sie wissen, die Meinungen auch auf der Seite der Gewerkschaften noch nicht endgültig geklärt. Innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind die Gewerkschaften in besonderen, sehr wichtigen beratenden Gremien vertreten und nehmen hier ständigen Einfluß. Es versteht sich, daß ihre Hauptsorge einer möglichst guten sozialen Ausgestaltung der Gemeinschaft und aller ihrer Glieder dient. Im übrigen hängt die Einschaltung und Beteiligung der Gewerkschaften an den entscheidenden Diskussionen der verantwortlichen Stellen stark von der Haltung der jeweiligen Regierung zur Gewerkschaft ab. Hier scheint es mir sehr bedauerlich zu sein, daß die deutsche Bundesregierung noch nicht die Formen gefunden hat, die notwendig sind, um eine engere Zusammenarbeit sowohl mit der politischen Opposition, als auch mit den Gewerkschaften zu entwickeln, wie sie im Interesse dieser großen gemeinsamen europäischen Sache erforderlich wäre.

Großer Wurf sozialer Neugestaltung

SPD-Pressedienst: Herr Dr. Deist, mit diesen Bemerkungen sind Sie eigentlich schon bei den Problemen, die gerade die Gewerkschaftsbewegung im Rahmen der Mitarbeit in der Europäischen Gemeinschaft am stärksten interessieren. Wie sehen Sie die Bemühungen der EWG-Staaten um die Angleichung des Sozialniveaus der einzelnen der EWG angehörenden Länder?

Dr. Deist: In den europäischen Gemeinschaften ist ein sehr starker Wille zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse wirksam. Er ist stärker, als wir ihn zum Beispiel zur Zeit in Deutschland feststellen können. Kennzeichnend dafür ist, daß bereits der Vertrag über die Montan-Union das System der sogenannten Anpassungsbeihilfen vorsah. In diesen Bestimmungen hat sich der soziale Grundsatz durchgesetzt, daß die Lasten grundlegender Veränderungen im Wirtschaftsleben nicht auf den Arbeitnehmer abgewälzt werden dürfen, sondern die Gemeinschaft die Mittel zur Verfügung stellen muß, die den betroffenen Arbeitnehmern die Anpassung ermöglicht; insbesondere den Wechsel des Arbeitsplatzes, soweit dieser erforderlich ist, ohne daß der einzelne Arbeitnehmer schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Nachteile in Kauf nehmen muß.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Gemeinschaft ist die Entwicklung zurückgebliebener Gebiete, damit auch hier die Voraussetzungen für ein

gesundes, soziales Leben geschaffen werden. Alle Teile der Gemeinschaft sollen in g l e i c h e r Weise am sozialen Fortschritt beteiligt werden.

Schliesslich bemüht sich die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um die Schaffung gleicher Voraussetzungen für eine Berufsausbildung in allen Ländern der Gemeinschaft, die dahin führt, dass die jungen Menschen ohne Unterschied der Nation, der sie angehören, wirklich alle Chancen zur Ausnutzung ihres Könnens und ihrer Fähigkeiten erhalten. Hierbei handelt es sich nicht um Einzelmaßnahmen, sondern hier geht es um einen grossen Wurf sozialer Neugestaltung. Es kommt darauf an, dass die Anpassung im Sozialen nicht in der Nivellierung auf das Mittelmaß ihr Ende findet, sondern es kommt darauf an, vorbildliche soziale Verhältnisse in der gesamten Gemeinschaft zu schaffen, so dass jeder das Gefühl hat: Die Gemeinschaft ist unsere gemeinsame Heimat.

"Planmässige Wirtschaftspolitik ist keine Kommandowirtschaft"

SPD-Pressedienst: Nun noch eine letzte Frage, Herr Dr. Deist. Wir haben auf der Konferenz verschiedene Diskussionsbeiträge gehört, in denen die Möglichkeit angezweifelt wurde, dass man die grosse Gemeinschaft ausschliesslich nach den Prinzipien der sogenannten freien Marktwirtschaft gestalten könnte. Halten Sie es auf die Dauer gesehen für möglich, dass die ökonomische und soziale Angleichung der Staaten des Gemeinsamen Marktes allein mit diesen Mitteln und mit allen ihren Tendenzen verwirklicht werden kann?

Dr. Deist: Nein, das glaubt nicht einmal die offizielle deutsche Wirtschaftspolitik wenn sie es auch immer wieder behauptet. Niemand will die Grundlagen der Marktwirtschaft antasten, alles muss getan werden, um in einem europäischen Markt den Wettbewerb zu steigern, aber in allen anderen europäischen Ländern und auch in der Europäischen Gemeinschaft hat man keine Scheu, offen auszusprechen, dass dieser Gemeinsame Markt nur dann gut funktionieren kann, wenn eine planmässige Wirtschaftspolitik der wirtschaftlichen Tätigkeit Ziele setzt, und die Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung aufstellt. Das hat nichts mit Kommandowirtschaft zu tun, sonst müsste man diesen Vorwurf vielen demokratischen Ländern machen, wie z.B. Grossbritannien, Frankreich und den Niederlanden, die alle Planungsbüros oder Planungsgremien kennen und mit ihnen arbeiten. In diesem Sinne gibt es bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereits einen Konjunkturrat, in diesem Sinne verlangt die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dass in Zukunft alle ihre Mitgliedstaaten vorausschauende Wirtschaftspläne nach einheitlichen Gesichtspunkten aufstellen und in dem gleichen Sinne erstattet die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft alljährlich in Januar dem Parlament einen Jahreswirtschaftsbericht. Hier sind andere europäische Staaten fortschrittlicher als unsere amtliche deutsche Wirtschaftspolitik.

"Fall Fränkel" noch nicht erledigt?

Bundesjustizminister lässt prüfen  
Auswärtiges Amt durch Botschafterberichte alarmiert

sp - Wie es heisst, will Bundesjustizminister Dr. Stammberger den "Fall Fränkel" erneut aufrollen. Man hört, Herr Dr. Stammberger sehe sich dazu veranlasst, weil die internationale Vereinigung der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus - eine n i c h t kommunistische Organisation - ihn dazu gedrängt habe. Gleichzeitig wurde jedoch bekannt, dass auch einige deutsche Botschafter in den Hauptstädten befreundeter Staaten dem Auswärtigen Amt in Bonn berichtet haben, wie katastrophal bei unseren westlichen Freunden die Entscheidung in "Fall Fränkel" gewirkt habe. Nun wird plötzlich die Frage gestellt, ob Herr Fränkel nicht doch seine Pension zu unrecht bekommt, weil er vor der Einstellung in den bundesrepublikanischen Justizdienst gegenüber den Einstellungsbehörden nicht die volle Wahrheit bezüglich seiner Vergangenheit gesagt habe. Mit anderen Worten: man scheint nunmehr doch auf den geradezu sensationellen Einfall gekommen zu sein, dass Herr Fränkel sich eines Täuschungsmanövers schuldig gemacht habe.

Dass die bundesrepublikanischen Botschafter plötzlich aktiv geworden sind, verdanken wir einen Artikel, der in einer grossen "Zeitung für Deutschland" am Freitag vergangener Woche erschienen ist. Dort heisst es unter anderem:

\* "Die Lehren aus der Affäre Fränkel sind einfach. General-  
\* bundesanwalt darf nur ein Mann werden, der mit Gewissheit  
\* keinen Angriff aus P a n k o w zu befürchten hat."

Da die "Zeitung für Deutschland" auch in den Aussenministerien befreundeter Staaten gelesen wird, und man sie dort tatsächlich für ein Blatt hält, dessen Inhalt zum Teil vom Auswärtigen Amt in Bonn inspiriert wird, war die Schockwirkung über eine solche haarsträubende Begründung, wer nur Generalbundesanwalt werden darf, recht erheblich. Man fragt sich, ob in der Bundesrepublik nur dann jemand nicht tragbar ist, wenn P a n k o w Krach macht, oder ob es nicht auch in der Bundesrepublik selbst genügend einwandfreie politische Kräfte gibt, deren Urteil gerade in solchen Fragen entscheidender ist als das Urteil der Herren in Pankow.

Trotz der sicher unfreiwilligen Entgleisung der "Zeitung für Deutschland" sind wir ihr dankbar. Auf diese Weise ist man nämlich im befreundeten Ausland darauf aufmerksam geworden, dass hier manche Leute erst dann für untragbar gehalten werden, wenn Pankow neutert ...

Oder irren wir uns?

+ + +

Lehren des Deichbruchs

## Weitgehende Planungen - Milliardenprojekte

Kl. - Während die Wiederherstellung der am 17. Februar durch die Sturmflut angeschlagenen Nordseedeiche ihrem Ende entgegensteht, haben die Planer der Marschenbauämter die Marschroute für die weiteren Arbeiten der nächsten Jahre schon festgelegt. Die Formel ist einfach: Die Deiche müssen durchweg erhöht werden und zum Meer einen wesentlich geringeren Neigungswinkel erhalten. Hinter den Deichen, die auch flacher ins Binnenland abfallen sollen, ist ein Katastrophenweg anzulegen.

Aber wie sieht es mit den Projekten aus, die noch in ferner Zukunft liegen, aber dennoch eines Tages zum Schutz der Nordseeküste in Angriff genommen werden müssen? Da ist einmal der Ruf nach sogenannten Überspülpoldern laut geworden, die bei extrem hohem Wasserstand als unbewohnte Gebiete vorübergehend volllaufen können, um den Druck von der Deichlinie zu nehmen. Diese Frage trifft zusammen mit einigen Eindeichungsprojekten, so in der Meldorfer Bucht und zwischen der Insel Nordstrand und Husum. Hier sollen die Köge mit verwendet werden, um in großen Speicherbecken das Wasser der Flußniederungen dann aufzunehmen. Wenn die Deichschleusen bei hohem Nordseestand nicht geöffnet werden können.

Wir dürften es ferner noch erleben, daß das gesamte Wattenmeer vor der schleswig-holsteinischen Westküste mit einem System von Dämmen durchzogen wird, die allein den Zweck haben, die Strömungen der Gezeiten zu brechen und von den Seedeichen fernzuhalten, und die ferner eine direkte Landverbindung der Inseln herstellen. Bisher ist nur die Insel Sylt mit einem Eisenbahndamm und die Insel Nordstrand mit einem Straßendamm verbunden.

Die Planungen gehen dahin, einen Damm von der Dagebüller Hafentzohle unweit von Niebüll hinüber zu den Bäderinseln Föhr und Amrum zu bauen. Der Dammbau nach Sylt hat bewiesen, daß derartig schwierige Projekte durchführbar sind. Der neue Damm würde eine Süd-Nord-Strömung verhindern und auch so dazu beitragen, daß nicht extrem hohe Wasserstände entstehen.

Ein weiteres Projekt läuft darauf hinaus, die Insel Pellworm ent-

weder über die Insel Nordstrand oder über die Hamburger Hallig mit dem Festland zu verbinden. Auch hier würde die Kraft der Strömungen in den Prielen gebrochen. Hinzu käme, dass gerade in diesem Bereich schneller Schlick vor den Seedeichen und Dämmen seitens der Nordsee angeschwemmt würde und neue Landgewinnungsarbeiten heranreifen könnten.

In diesem Zusammenhang ist erneut die Frage erörtert worden, ob man nicht von der Halbinsel Eiderstedt ausgehend einen Damm in Richtung Norden durch die Nordsee bauen sollte, der sich an die Inseln Pellworm, Hoo-ge, Amrum und Sylt anlehnen würde. Dieses Milliarden-Projekt wäre etwa vergleichbar mit dem holländischen Delta-Plan und würde einen Raumgewinn bedeuten, in dem rund 100 000 Menschen leben könnten.

Noch scheuen die Wasserbauingenieure - auch abgesehen von den hohen Kosten - vor dem Projekt zurück. Nicht weil es unmöglich wäre, auch durch Tiefen bis zu 30 Metern einen Damm durchs Meer zu bauen - die Holländer sind dabei, es uns vorzumachen. Man würde dabei aber grosse Landflächen aus der Nordsee gewinnen, deren Boden aus sterilem Seesand bestünde. Diese grossen Sandflächen müssen aber durch Anpflanzungen festgelegt werden, weil sie sonst durch die Westwinde zu hohen Wanderdünen aufwachsen und die Kulturländereien zudecken würden.

+ + +

#### Moskau, Kopenhagen und die EWG

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

In ihren Bestrebungen, die drei skandinavischen Staaten davon abzuhalten, beziehungsweise abzuschrecken, sich der EWG zu nähern, hat die sowjetische Regierung nunmehr einen neuen Schritt unternommen. Der dänische Aussenminister Jens Otto Krag ( der seit Monaten die Amtsgeschäfte des erkrankten Ministerpräsidenten Kampmann führt), wurde zum Besuch nach Moskau eingeladen. Gleichzeitig wurde der dänischen Regierung ein Angebot überreicht, in dem die Sowjetunion verspricht, ihre Handelsbeziehungen mit Dänemark grosszügig zu erweitern, falls Dänemark sich entschliesst, ausserhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bleiben.

Sowohl die Einladung an Krag als auch das Angebot, mehr Waren aus Dänemark abzunehmen, ist in betont konzilianter Form gehalten, aber bezweckt wird dasselbe, was die Russen während der kürzlich vorausgegangenen Besuche des norwegischen und schwedischen Aussenministers in Moskau versuchten. Jens Otto Krag hat in einem Fernsehinterview erklärt, der

dänischen Regierung sei es durchaus bekannt, dass die Russen gegen einen Beitritt Dänemarks in die EWG sind. Man könne aber in gar keinem Fall von einem russischen Druck sprechen, und Kopenhagen würde das Angebot von engeren dänisch-russischen Handelsbeziehungen zur rechten Zeit sorgfältig prüfen. Wenn die Russen es auch sehr gern gesehen hätten, Krag ziemlich bald in Moskau begrüßen zu können, wird der dänische Außenminister sich nicht übereilen. Die Reise zum Kreml soll erst im Frühjahr 1963 stattfinden.

Hinter dem Beschluss, die russische Einladung anzunehmen, den Besuchstermin aber um rund dreiviertel Jahr zu verschieben, erblicken politische Kreise in Dänemark die Erwartung der dänischen Regierung, die Frage über Dänemarks Anschluss an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bis dahin geklärt zu haben, so dass Jens Otto Krag erst nach "vollendeten Tatsachen" sich nach Moskau begeben würde. Aber auch ohne einen solchen taktischen "Hintergedanken" würde jede dänische Regierung sich den russischen Interpretationen über einen dänischen Beitritt zur EWG widersetzen.

Trotz des offiziellen Einspruchs Moskaus gegen eine EWG-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens soll Ministerpräsident Chruschtschow während des Russlandbesuchs des norwegischen Außenministers Lange Anfang dieses Jahres zum Ausdruck gebracht haben, dass er den Beschluss Norwegens, der EWG beizutreten, eigentlich gut verstehe. Dasselbe müsste dementsprechend auch für Dänemark und in der Assoziierungsform auch für Schweden gelten. Obwohl Moskau zur Zeit sehr scharf gegen die EWG und vor allem gegen die Anschlussbemühungen der neutralen EFTA-Staaten vorgeht, hat man in den nordischen Hauptstädten den Eindruck, dass sich der Kreml mit den gegebenen Tatsachen "als Folge der Teilung Europas" schliesslich abfinden wird.

Eine völlig andere Sache ist aber, dass es aus innenpolitischen Erwägungen ratsam erscheinen könnte, Neuwahlen zum Folketing und eine Volksabstimmung über die EWG-Frage noch in diesem Jahre auszuschreiben. Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Liberalen) leidet seit einiger Zeit an sichtbar zunehmender Abkühlung in gewissen Kreisen beider Parteien, und mehr und mehr drängt sich die Forderung auf, der Bevölkerung eine Gelegenheit zu geben, sich direkt zur EWG-Frage zu äussern. Eine Klärung der Lage wird erwartet, wenn Ministerpräsident Kampmann sein Amt, voraussichtlich Anfang August, wieder aufnimmt.